



Alternative
Hauptstadtfraktion



Berlin, Görlitzer Park: Schandfleck eines kapitulierenden Staates

1. Juli 2025

3,9 MILLIONEN EURO FÜR EIN DENKMAL DES SCHEITERNS

Der schwarz-rote Senat zäunt den Görlitzer Park ein. 1,9 Millionen Euro für den Zaun, 1,2 Millionen für die Beleuchtung, 775.000 Euro jährlich für die nächtliche Bewachung. Mit fast 50% aller in Berliner Parks begangenen Straftaten ist der Park schon lange kein Ort der Erholung mehr – sondern Brennpunkt organisierter Kriminalität. Er steht sinnbildlich für den Kontrollverlust im Herzen der Hauptstadt.

Öffentliche Sicherheit ist kein Luxusgut, kein Zugeständnis an verunsicherte und verärgerte Bürger, sie ist Grundvoraussetzung für ein friedliches Leben in Freiheit. Jeder Berliner Bürger hat das Recht, sich jederzeit sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können. Die geplanten Ausgaben lösen nichts – sie verschieben das Problem nur in die angrenzenden Kieze. Dort, wo staatlicher Schutz gebraucht wird, reagiert die herrschende Politik mit Rückzug.

Diese Stadt zahlt Millionensummen dafür, um den Bürgern letztlich zu signalisieren: Wir haben die Kontrolle verloren – also schließen wir den Park. Das ist keine Sicherheitsmaßnahme, sondern ein Offenbarungseid.

VERWAHRLOSUNG IST KEIN SCHICKSAL – SIE IST POLITISCH IN KAUF GENOMMEN

Wer den „Görli“ betritt, betritt einen Ort, an dem Drogen offen verkauft werden, an dem Gewalt Alltag ist, und den normalen Familien zu ihrer eigenen Sicherheit meiden. Dabei sind diese Zustände kein bedauerlicher Unfall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger verantwortungsloser, miserabler Politik.

Wer Einwanderung ohne Kontrolle zulässt, migrantische Parallelstrukturen ignoriert und Drogenhandel als „soziales Problem“ verkürt, bekommt genau das: rechtsfreie, gefährliche Räume – und zahlt dann noch Millionen dafür, dass alles so bleibt wie es ist.

Der Staat zieht sich zurück. Die Täter bleiben. Die etablierte Politik hat kapituliert und verkauft dies als innovative Maßnahme. Der „Görli“ zeigt, was passiert, wenn Politik aufhört, Ordnung durchzusetzen, wenn Ideologie die Realität verdrängt und Recht vor Gewalt und Anarchie zurückweicht.

FREIHEIT BRAUCHT ORDNUNG. ORDNUNG BRAUCHT MUT ZUR ENTSCHEIDUNG.

Die AfD-Hauptstadtfraktion sagt klar und deutlich: Öffentliche Sicherheit ist eine Bringschuld des Staates. Der Park muss für die Bürger zurückerobert werden – nicht mit Zäunen, sondern durch konsequente Remigration und sichtbare, durchsetzungsstarke staatliche Präsenz.

Wir fordern:

1. **Remigration** von Straftätern und Gefährdern
2. **Permanente Polizeiwache** im Park (z.B. durch Containerlösung, wie am Alexanderplatz)
3. **Rund-um-die-Uhr-Fußstreifen** im Schichtsystem
4. **Flächendeckende Videoüberwachung** an Eingängen, Hotspots und angrenzenden Kiezen – inklusive Wärmebildtechnik zur Erfassung schwer einsehbarer Bereiche
5. **Drohnenüberwachung**, insbesondere in den Nachtstunden
6. **Anti-Verwahrlosungsmaßnahmen:** tägliche Reinigung und Zustandserfassung, Rückbau illegaler Nutzungen, bauliche Entflechtung und Aufwertung
7. **Ausweitung der Maßnahmen** auf angrenzende Kieze zur Verhinderung von Verdrängungseffekten
8. **Zerschlagung krimineller Netzwerke** in Zusammenarbeit mit LKA und BKA

Diese Maßnahmen kosten Geld. Aber sie stellen die Ordnung wieder her – im Gegensatz zum Zaun, der lediglich dokumentiert, dass man als verantwortliche Politik kapituliert hat.

RÜCKEROBERUNG STATT EINZÄUNUNG

Kriminalität verschwindet nicht durch Absperrung – sie sucht sich neue Räume. Wer nicht entschlossen handelt, verschiebt das Problem nur weiter. Auch in den angrenzenden Vierteln braucht es mehr Kameras, Präsenz und Prävention.

Statt in Symptombehandlung zu investieren, muss der Staat sich endlich der Ursachen annehmen: die ideologiegetriebene Duldung illegaler Migration, die Entstehung krimineller Strukturen mit meist migrantischem Hintergrund und das jahrzehntelange Schweigen gegenüber importierter Gewalt(un)kultur. Jeder Euro, der heute für Zäune und Konsummobile ausgegeben wird, verlängert die Illusion, dass Kriminalität „zivilisiert“ werden kann. Doch statt Einhegen muss sie bekämpft werden – umfassend, entschlossen und sichtbar.

Die Berliner AfD steht für eine Politik der klaren Kante. Nicht Zäune schützen die Berliner, sondern der Wille, Recht und Ordnung durchzusetzen – im Dienste für die Freiheit und Sicherheit der Bürger.